

Offensiven für erneuerbare Energien

Gemeinderat stellt die Weichen für zehnmal mehr Wind- und fünfmal mehr Solarkraftproduktion bis 2030

Der Gemeinderat hat eine Photovoltaik- und Windkraftoffensive beschlossen. Vor allem durch die effiziente Nutzung vorhandener Potenziale möchte die Stadt ihr ambitioniertes Ziel erreichen: Klimaneutralität bis 2035.

Auch die Bundesregierung macht klare Ansagen: Mindestens 80 Prozent des Stromverbrauchs muss bis 2030 mit erneuerbaren Energien gedeckt werden. Momentan liegt der Anteil noch bei 46 Prozent. Um diese Vorgabe zu verwirklichen, setzt Freiburg auf den massiven Ausbau von Photovoltaik und Windkraft. Oberbürgermeister Martin Horn betont, wie wichtig der geplante Ausbau ist: „Auch wenn andere Krisen die aktuelle Diskussion beherrschen, ist der Klimawandel immer noch die größte Herausforderung unserer Zeit. In den nächsten Jahren müssen wir – und ganz Deutschland – mit konkreten Projekten möglichst schnell sehr viel mehr grüne Energie produzieren.“

Das Potenzial ausschöpfen

Allein auf Freiburgs Dächern besteht ein Potenzial von 660 Gigawattstunden (GWh) Sonnenstrom pro Jahr. Momentan werden erst 57 GWh erzeugt – und damit nur zehn Prozent des Möglichen. Mithilfe eines Gutachtens wird die Stadt einen „Masterplan Solar“ erstellen und Strategien entwickeln, um dieses Potenzial auszuschöpfen. Er soll dem Gemeinderat im ersten Halbjahr 2024 zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Dem hat der Rat mit großer Mehrheit zugestimmt. Stadtrat Jörg Dengler von den Grünen bezeichnete den Freiburger Fahrplan als „realistisch und ambitioniert“.

Angenommen wurde auch ein interfraktioneller Antrag, die städtebaulichen Erhaltungssatzungen daraufhin zu überprüfen, wie Hemmnisse bei der Installation von Solaranlagen abgebaut werden können. Stadträtin Lina Wiemer-Cialowicz von Eine Stadt für alle bemängelte, dass man beispielsweise in Waldsee noch eine Genehmigung für Solaranlagen auf der straßenzugewandten Dachseite brauche. SPD-Stadtrat Walter Krögner bezeichnete solche Erhaltungssatzungen im Kontext des Solarausbaus als „Beine, die wir uns selbst stellen“. Sophie Kessl von der Jupi-Fraktion wagte direkt einen Vorstoß und schlug vor, den Lederleplatz mit Freiflächen-Photovoltaik auszustatten. Das habe auch in Hinblick auf Lärmschutz große Vorteile. Prüfen will die Verwaltung den gemeinsamen Antrag von CDU, FDP/BfF und FL, der fordert, insbesondere die heimische und europäische Solarindustrie zu berücksichtigen. Ein Antrag der AfD, der vorsah, Teile der Beschlussvorlage zu streichen, wurde abgelehnt.

Neue Windräder

Windkraft ist aktuell die leistungsstärkste erneuerbare Energieform. Damit kommt ihr auf dem Weg Richtung Klimaneutralität eine wichtige Rolle zu. Bis 2030 soll sie auf Freiburger Gemarkung verzehnfacht werden.

Wie ist das zu erreichen? Ein wichtiger Schritt sind Repowerings, also der Austausch bestehender Windräder durch effizientere Modelle. So wird das neue Windrad auf der Holzschlägermatte künftig doppelt so viel grüne Energie wie die beiden alten Windräder zusammen produzieren. Gemeinsam mit den bereits genehmigten Windrädern am Standort Taubenkopf und dem Repowering der Anlage Rosskopf steigt die Produktion auf 74 GWh pro Jahr. 2020 lag sie noch bei 13,4 GWh.

Zudem sollen weitere Flächen ausgewiesen und der Ausbau beschleunigt werden, um das Ziel von insgesamt 140 GWh Windkraftproduktion pro Jahr zu erreichen. Dem stimmte der Gemeinderat mehrheitlich zu und genehmigte die Umwidmung von 300 000 Euro aus dem Zukunftsfonds Klimaschutz. Sie sollen als Zuschuss zum Netzanschluss der Windkraftanlage Taubenkopf und benachbarter Standorte eingesetzt werden.

Gegenwind

Die Einschätzung des AfD-Stadtrats Detlef Huber, Windräder seien eine „Verschandelung“ der Landschaft, traf auf Gegenwind. So beschrieb Gerlinde Schrempp von den Freien Wählern den Anblick von Windrädern im Schwarzwald als „die reinste Freude“. CDU-Stadtrat Bernhard Schänzle hielt fest, dass die Windkraftoffensive „hoffen lässt“, und Sascha Fiek von FDP/BfF betonte, dass man dem negativen Framing von Windrädern etwas entgegensetzen müsse: „Wir sollten dankbar für diese Technologie sein.“ Abschließend dankte OB Horn den Rätinnen und Räten für ihr Bekenntnis zu erneuerbaren Energien.

Mit Plan gegen das Parkchaos am Opfinger See

Ab Mai kostet das Parken am See Geld – Stadt will Einnahmen in die Pflege des Erholungsgebiets stecken

Vermüllung, wilde Feuerstellen, zugeparkte Rettungswege – im Sommer ist das trauriger Alltag an den Opfinger Seen. Um die Parksituation zu verbessern und die Kosten für Müllbeseitigung und Sicherheitsdienst stemmen zu können, erhebt die Stadt ab Mai Parkgebühren.

Kaum eine Freiburgerin oder ein Freiburger bestreitet die Badesaison ohne sie: die Opfinger Seen. Als wichtige Naherholungsgebiete erfreuen sich die Seen allerdings fast schon zu großer Beliebtheit – immer wieder kommt es im Sommer zu Rückstau, verstopften Zu- und Abfahrten und überfüllten Parkplätzen.

Die Parksituation ist lange nicht das einzige Problem: Der Arbeitsaufwand, der durch liegengelassenen Müll, Missachtung der Biotopschutzzone und andere Regelverstöße entsteht, ist laut Stadtverwaltung kaum mehr zu stemmen. Ab Mai 2024 wird es deshalb Parkgebühren am Waldparkplatz des Großen Opfinger Sees geben. Das hat der Gemeinderat einstimmig beschlossen. Mit den Einnahmen will die Stadt für mehr Personal, Sauberkeit und Sicherheit sorgen. 2025 soll der Kleine Opfinger See folgen. Momentan fehlt dort die Stromversorgung.

Tagestickets

Von Mai bis September wird das Parken an Wochentagen fünf Euro, an Sonn- und Feiertagen zehn Euro kosten. Ein Jahresticket für 100 Euro ist ebenfalls geplant. Dieses können unter anderem Freiburg-Pass- und Familiencard-Inhaber ermäßigt für 60 Euro erwerben.

Einem Antrag von Eine Stadt für alle, SPD/Kulturliste, FDP/BfF, Freie Wähler, Freiburg Lebenswert und Jupi, der forderte, die Gebühren in den Wintermonaten deutlich niedriger zu gestalten, wurde mehrheitlich angenommen. Statt wie geplant fünf Euro soll das Parken von Oktober bis April wochentags nur 2,50 Euro kosten. Am Wochenende bleibt es bei fünf Euro. Zudem wird sowohl für die Winter- als auch die Sommersaison ein Kurzzeitticket für 2,50 Euro angeboten.

Viel Zustimmung

In der wenig kontroversen Gemeinderatsdebatte verwies Bernhard Rotzinger von der CDU darauf, dass sich ein solches Parkkonzept bereits am Mundenhof bewährt habe. Gregor Mohlberg von Eine Stadt für alle betonte, dass man den See auch ohne Auto gut erreichen könne. Nur AfD-Stadtrat Karl Schwarz schlug kritischere Töne an und bezeichnete die Kosten in Zeiten der Inflation als „unpassend“.

Mit den Einnahmen aus der Bewirtschaftung des Waldparkplatzes möchte die Stadt die Präsenz eines Rangers von 200 auf 300 Stunden erhöhen. Zudem wird eine neue Stelle im Forstamt geschaffen, die als zentrale Ansprechperson in Sachen Pflege, Naturschutz und Beschwerdemanagement fungieren soll. Außerdem soll die Liegewiese künftig häufiger gereinigt werden. Eine Sportbox und Grillzonen sind ebenfalls geplant.

Für alle da

Das Baden im See bleibt kostenlos. Wer sich die Park-gebühr sparen möchte, kann die Seen zu Fuß, mit dem Rad oder dem Bus erreichen. Auch mehr Barrierefreiheit soll es künftig geben. Einen entsprechenden Prüfungsauftrag von Eine Stadt für alle, Jupi, FDP/BfF, Die Grünen und SPD/Kulturliste hat die Stadtverwaltung übernommen.

Querformat

Mei, is des Schnee!

Freundinnen und Freunde des Rodelns, Skifahrens und Schneewanderns, freuet euch all! Am Schauinsland ist der Winter ausgebrochen. Vergangene Woche verwandelte sich der Freiburger Hausberg auf knapp 1300 Metern Höhe zum ersten Mal in diesem Jahr in ein weiß-glänzendes Winter-Wonderland. Das hatte natürlich vor allem eins zur Folge: reges Treiben! Die städtischen Schneeköniginnen und -könige strömten in Massen auf den Schauinsland, um keine Sekunde der Wintermagie zu verpassen. Ob dieser Winter in Sachen Schneezauber hält, was er zum Dezemberauftakt versprochen hat, wird sich noch zeigen. In jedem Fall gibt es auch im Frühjahr Grund zur Freude: Dann wird der Eugen-Keidel-Turm auf dem Gipfel des Schauinslands saniert und bietet schon bald wieder einen atemberaubenden Ausblick auf die Vogesen, über den Hochschwarzwald und – bei klarer Sicht – bis zu den Schweizer Alpen. Adleraugen dürften die 31 Meter hohe Aussichtsplattform bereits im Hintergrund entdeckt haben.

Recyclinghöfe verkaufen Splitt

Die Recyclinghöfe in Haslach, Waldsee und St. Gabriel verkaufen wieder Splitt: Interessierte müssen eigene Eimer (bis 10 Liter Volumen) mitbringen, eine Splittfüllung kostet einen Euro. Das Granulat ist salzfrei und zum Streuen auf Gehwegen und Treppen bestens geeignet.

Zum Hintergrund: Bei Glätte sind Bürgerinnen und Bürger dazu verpflichtet, auf dem Gehweg Splitt oder Sand zu streuen. Streusalz ist verboten, weil es Pflanzen schädigt und das Grundwasser belastet. Die Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Freiburg ist nur für den Winterdienst auf Gehwegen in der Innenstadt und Teilen des Stühlingers verantwortlich.

Öffnungszeiten:

- St. Gabriel (Liebigstraße): Di, 9–12.30 und 13–18 Uhr, Fr/Sa 8–13 Uhr
- Haslach (Carl-Mez-Straße 50): Do 8–16 Uhr, Sa 9–16 Uhr
- Waldsee (Schnaitweg 7): Mi 9–16 Uhr, Sa 9–13 Uhr

Betrifft: Beiträge aus den Fraktionen

Die untenstehenden Beiträge „Aus den Fraktionen“ werden inhaltlich von den Fraktionen, Gruppierungen und Einzelstadträten im Gemeinderat verantwortet. Die Themen, über die sie schreiben dürfen, regelt das vom Gemeinderat 2016 beschlossene Redaktionsstatut.

Demnach sind Beiträge „zu Themen in der Zuständigkeit des Gemeinderats, zu städtischen Vorhaben, Einrichtungen oder Planungen, zu Veranstaltungen mit kommunalpolitischem Bezug oder zu Äußerungen anderer Fraktionen, Gruppierungen oder des Bürgermeisteramts sowie zu sonstigen Themen mit städtischem Bezug“ zulässig. Unzulässig sind dagegen „Wahlaufrufe und Wahlwerbung, politische Stellungnahmen ohne kommunalen oder kommunalpolitischen Bezug, strafrechtlich relevante Äußerungen gegenüber Dritten wie Beleidigungen, Ehrverletzungen und menschenverachtende Äußerungen, Falschbehauptungen u. ä.“

In der vergangenen Ausgabe hatten wir einen Beitrag von Freiburg Lebenswert veröffentlicht, der sich mit dem Kommunalwahlprogramm der Partei „Die Grünen“ auseinandergesetzt hat. Dieser Beitrag war unzulässig, da er sich nicht mit den Äußerungen der Fraktion, sondern der Partei beschäftigt hat. Außerdem enthielt der Beitrag Passagen mit wahlwerbendem Charakter. Leider fiel der Verstoß erst nach Drucklegung auf. Aus der Online-Ausgabe wurde er zwischenzeitlich entfernt. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

Drei Fragen an ...

Anna Daute

Kompetenzzentrum Frühe Hilfen

„Kinderleicht leben für alle von Anfang an“ – das möchte das Kompetenzzentrum Frühe Hilfen des Amts für Kinder, Jugend und Familie zusammen mit seinen Partnern ermöglichen. Das Team aus den Bereichen Soziale Arbeit, Psychologie und Medizin berät werdende und Eltern mit Kindern bis drei Jahren. Eine von ihnen ist Anna Daute.

1. Mit welchen Fragen kommen Eltern zu Ihnen?

Die Freude über ein Baby wird manchmal auch von Fragen und Sorgen begleitet, die alle unterschiedlichen Aspekte des Alltags betreffen können. Im Grunde beraten wir zu allen Fragen rund um die Geburt eines Kindes: zur Entwicklung des Babys, zu finanziellen Hilfen oder Belastungen im Alltag der Familie bis hin zu Problemen in der Partnerschaft.

2. Was bieten Sie an, wie können Sie helfen?

Im Netzwerk Frühe Hilfen arbeiten wir eng mit Berufsgruppen und Institutionen aus dem Gesundheitswesen, der Kinder- und Jugendhilfe und vielen weiteren sozialen Einrichtungen zusammen. Durch die enge Kooperation mit den Geburtskliniken in und um Freiburg erfahren Eltern von unseren Angeboten. Das ermöglicht, dass alle Familien auf Wunsch mit einer Mitarbeiterin aus unserem Team direkt in Kontakt kommen. Je nach Bedarf besuchen wir die Familien später auch zu Hause. Es geht darum, früh zu helfen, bevor Belastungen sich zuspitzen oder Probleme entstehen. Damit das für alle Eltern in der Region funktioniert, haben sich die Frühen Hilfen und die Geburtskliniken in ganz Südbaden vernetzt.

3. Welche Rückmeldungen bekommen Sie?

Familien sind oft sehr erleichtert, praktische Unterstützung wie etwa durch eine Familienhebamme zu bekommen. Es verschafft Sicherheit zu wissen, dass die Frühen Hilfen bei Fragen und Problemen rund ums Kind helfen. Und manchmal tut es einfach gut, wenn jemand da ist, der einem wirklich zuhört.

www.freiburg.de/fruehehilfen kompetenz@stadt.freiburg.de oder Tel. 0761 201-8555.

Aus den Fraktionen

Die Beiträge dieser Seite werden inhaltlich von den Parteien und Gruppierungen im Gemeinderat verantwortet. Der Textumfang orientiert sich an der Anzahl der Sitze im Gemeinderat.

Grüne

Sportachse-Ost: Gute Lösung

Seit Jahren beschäftigt die zukünftige Nutzung des Dreisamstadions und der Sportachse-Ost die Kommunalpolitik und insbesondere die betroffenen Sportvereine. Da der erste Vorschlag der Stadt vor einem Jahr nicht auf Zustimmung stieß, wurde auf Druck des Gemeinderats nachgearbeitet. Lars Petersen, sportpolitischer Sprecher, begrüßt das nun verabschiedete Gesamtpaket: „Das Zukunftskonzept für die Sportachse und der langfristige Mietvertrag für das Dreisamstadion sind eine gute Lösung. Für die vielfältigen Breitensportangebote von PTSV und FT entstehen dringend benötigte Sportflächen; der SC bekommt eine langfristige Perspektive für seine Frauen- und Nachwuchsteams im Dreisamstadion.“

Allerdings hat diese Lösung Auswirkungen: Für die neuen Trainingsflächen werden an die Universität vermietete Tennisplätze gekündigt. Diese fehlen künftig für den Hochschulsport und für andere Tennisbegeisterte. Der geplante Umzug der SC-Frauen aus dem Schönberg- ins Dreisamstadion stellt wiederum den SV Blau-Weiß Wiehre vor finanzielle Herausforderungen. „Für beide Probleme muss die Stadt zeitnah Lösungen vorlegen. Wir setzen uns dafür ein, dass neben PTSV, FT und SC auch Uni-Tennis und Blau-Weiß Wiehre eine Zukunft in unserer Sportstadt haben“, so Petersen.

Ausführlichere Informationen unter <https://gruenlink.de/2q4w>

Windkraft: Suchräume darstellen

Mit Grundsatzbeschlüssen zu einer Windkraft- sowie einer Photovoltaik-Offensive hat der Gemeinderat festgelegt, wie der Ausbau der erneuerbaren Energien erfolgen soll, um die städtischen Klimaschutzziele zu erreichen. „Die Begrenzung des Klimawandels ist einer der wichtigsten politischen Aufgaben unserer Zeit. Die Erzeugung von erneuerbarem Strom muss drastisch gesteigert werden – und dies auch auf Freiburger Gemarkung“, so Stadträtin Dr. Maria Hehn. Dabei sind die Voraussetzungen jeweils grundlegend andere: Während es bei der Photovoltaik vor allem darum geht, Anreize für mehr Solaranlagen auf Dächern zu schaffen, geht es bei der Windkraft um die Entwicklung von Standorten.

„Neben dem Repowering bestehender Anlagen wie am Schauinsland braucht es auch neue Windräder. Deren Standorte werden in den kommenden Jahren noch für Diskussionen sorgen. Ohne gesellschaftlichen Rückhalt wird der Ausbau der erneuerbaren Energien nicht gelingen. Daher hat der Oberbürgermeister auf unsere Aufforderung hin die Suchräume im Gemeinderat benannt. Des Weiteren haben wir die Stadtverwaltung aufgefordert, in den Stadtteilen und Ortschaften stets transparent zu informieren und auch den Austausch mit den Nachbargemeinden zu suchen“, so Hehn.

Zukunftsfähiger Münstermarkt

Auf dem traditionsreichen Münstermarkt bieten Betriebe aus Freiburg und der Region ihre Produkte an – auf der Nordseite wird Ware aus heimischer Produktion angeboten, auf der Südseite wird Handelsware verkauft. Allerdings macht sich der Strukturwandel in der Landwirtschaft auch hier bemerkbar: Etliche Betriebe können ihre Ware nur noch am Wochenende verkaufen, der Münstermarkt wird unter der Woche zunehmend leerer.

Die FWTM schlägt nun vor, eine Regelung der Stadtteilmärkte zu übernehmen: Auf der Nordseite dürfen dann neben den eigenen regionalen Produkten auch die von Nicht-Münstermarktbetrieben verkauft und von Februar bis Mai das Sortiment durch Zukauf aus dem europäischen Ausland erweitert werden. Der Zukauf ist reglementiert. Er darf 30 Prozent des Angebots nicht überschreiten und muss eindeutig gekennzeichnet sein.

„Wir halten dies für einen sinnvollen und gangbaren Kompromiss“, so Stadtrat Andreas Hoffmann, Mitglied der Marktkommission. „Es geht bei diesen Änderungen nicht darum, die Richtlinien des Münstermarktes auf den Kopf zu stellen, sondern um das Anpassen einiger Stellschrauben. Ziel ist es, den Münstermarkt zukunftsfähig zu machen und als wichtigen Mosaikstein zur Belebung der Innenstadt zu sichern.“

Eine Stadt für alle

Ja zu Tariftreue und Kontrollen

Es geht im Kern um nicht weniger als den Schutz von arbeitenden Menschen, um deren Arbeits- und Lebensbedingungen und vor allem um eine gerechte Entlohnung. Die Drucksache G-23/144 beginnt dann auch steil und hoffnungsvoll: „Faire Löhne sind ein wichtiger Bestandteil guter Arbeitsbedingungen.“ In der Realität bestehen leider viele Gesetze, Rechtsverordnungen und Gerichtsurteile, die sich als Hemmnisse, Einschränkungen oder Verbote möglicher Kontrollchancen zur Wahrung sozialer und tariflicher Rechte darstellen.

Die Forderungen der Gewerkschaften hingegen zielen darauf ab, Ausbeutung sowie Lohn- und Sozialdumping zu unterbinden und ebenso die Vergabe an unseriöse Subunternehmen zu verhindern. Es geht darum, dass Unternehmen und Betriebe, die den Wert von Mitbestimmung und Tarifverträgen anerkennen, nicht länger im Nachteil gegenüber Unternehmen sind, die sich der Sozialpartnerschaft verweigern. Durch Tariffucht und Lohndumping fehlen allein in Baden-Württemberg zehn Milliarden Euro bei den Sozialversicherungen und bei der Einkommensteuer! Diese Gelder werden uns allen entzogen – für unsere Kitas und Schulen, für Mietstopp sowie zur Bekämpfung und Eindämmung der Folgen der Klimakatastrophe.

Die Landesregierung muss daher endlich die gesetzliche Grundlage dafür schaffen, dass Stadt und Staat Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben dürfen, die tariflich bezahlen und sich dahingehend auch kontrollieren lassen. Es geht um mehr soziale Gerechtigkeit und gesichert gute Arbeitsbedingungen.

Nein zu höheren Abfallgebühren

Freiburg spielt bundesweit seit Jahren in der oberen Liga, wenn es um Abfallvermeidung und vor allem um die Abfalltrennung geht. Insbesondere im Bereich des Restmülls ist Freiburg spitze. Darauf können wir zu Recht stolz sein. Aber Freiburg ist auch spitze bei der Höhe der Müllgebühren, und die sollen jetzt weiter steigen. Und das, nachdem in diesem Jahr eine Mehrheit des Gemeinderats bereits die Erhöhung der Kitagebühren und der Bäderpreise beschlossen hat.

Unsere Fraktion hat der Erhöhung der Müllgebühren nicht zugestimmt. Wir hatten weiteren Beratungs- und Änderungsbedarf, mit dem Ziel, die von der ASF GmbH an die Stadt Freiburg gezahlte jährliche Dividende von ca. 900 000 Euro in die Gebührenkalkulation preisdämpfend einzurechnen. Im Ergebnis hätte eine so starke Steigerung der Abfallgebühren für alle Freiburger:innen verhindert werden können. Leider fanden wir dafür keine Mehrheit.

Infos zu all unseren Themen der letzten Gemeinderatssitzung finden Sie hier: www.eine-stadt-fuer-alle.de

SPD/Kulturliste

Housing First

Auf Einladung der SPD/Kulturliste fanden sich am Winteranfang, den 1. Dezember, rund 60 Teilnehmer:innen zur Gesprächsrunde „Housing First“ ein. Gleich zu Beginn wurde deutlich, woran es besonders mangelt: Wohnraum, der für die Umsetzung des Konzepts genutzt werden könnte. Obwohl in Freiburg bereits 2018 beschlossen wurde, 200 Wohnungen für Housing First zu realisieren, gibt es bis heute keine einzige. Hier muss seitens des Gemeinderats und der Verwaltung dringend gehandelt werden, darüber waren sich alle Anwesenden einig.

Ein Blick auf die etwa 30 bundesweiten Housing-First-Projekte zeigt klar, dass das Konzept funktioniert. Laut Experten liegt die Wohnstabilität der Teilnehmer:innen bei rund 90 Prozent. Zudem geht aus sämtlichen Evaluationen hervor, dass die Obdachlosenzahlen mit Housing First langfristig gesenkt werden können. Die SPD/Kulturliste nimmt die Ergebnisse des Diskussionsabends zum Anlass, einen Antrag zur Gemeinderatssitzung einzubringen, der vorsieht, nun konkret ein Housing-First-Projekt in einer städtischen Liegenschaft zu realisieren. „Wir werden nicht nachgeben und neben präventiven Maßnahmen und akuten Hilfeleistungen, wie dem Kältebus, alles daran setzen, im Jahr 2024 das erste Housing-First-Projekt einzuweihen“, so Ludwig Striet, sozialpolitischer Sprecher.

Inklusion in Kitas: Es geht voran

Mit dem Doppelhaushalt 2023/24 konnten wir für die Erstellung eines Inklusionskonzepts in Freiburger Kitas 50 000 Euro in 2023 und 230 000 Euro in 2024 bereitstellen. Damit werden zukünftig ca. drei Heilpädagog_innen bezuschusst und in den dafür vorgesehenen Kitas angestellt. Durch den Einsatz dieser Heilpädagog_innen werden Hilfebedarfe bei Kindern früh und auf niederschwellige Weise erkannt und bearbeitet. Die Heilpädagog_innen führen Fortbildungen, Beratungen, Qualifizierungen und Teamentwicklungen mit allen Fachkräften in der Kita durch. Sie kennen die Eltern aus der Kita und binden sie frühzeitig ein. Das führt zu einem vertrauensvollen Verhältnis und erleichtert die Arbeit insgesamt. „Wir freuen uns, dass dieses Konzept nun auf der Tagesordnung steht und wir gemeinsam den ersten Schritt hin zu mehr Inklusion in unseren Kitas gehen“, so Julia Söhne, Fraktionsvorsitzende.

Energiewende beschleunigen

Die Freiburger Klimaziele sind zu Recht ambitioniert: Klimaneutralität bis 2035. Dabei fehlte das nötige Tempo bisher gerade bei der Energiewende, die mit einer Photovoltaik-Offensive und einer Windkraft-Offensive Fahrt aufnehmen soll. Deutschland muss seinen Strombedarf bis 2030 zu mindestens 80 Prozent aus erneuerbaren Energien decken. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Wind- und Solarenergie dreimal schneller ausgebaut werden als bisher. Auch kommunal sind wir in der Pflicht, dazu einen wichtigen Beitrag zu leisten.

Solarenergie – Potenziale erkennen und nutzen

Freiburg bietet großes Potenzial für Photovoltaik, nicht zuletzt, da Dachflächen, Parkplätze und andere versiegelte Flächen für die Stromerzeugung genutzt werden können – und auch müssen. Bereits im Juli dieses Jahrs haben wir einen Antrag gestellt, mit dem wir den Ausbau der Photovoltaik auf Dächern der Stadt und ihrer Gesellschaften beschleunigen wollen. Unser Ziel ist es, dass die Stadt Flächen identifiziert, die auf der Grundlage der bisher im Haushalt vorgesehenen Finanzmittel und auf der Grundlage einer soliden Prognose bis 2030 aus städtischen Mitteln mit Photovoltaik belegt werden können. Auch hier gilt: jeden Euro dort investieren, wo er dem Klima am meisten nützt. Dadurch könnte der angekündigte „Masterplan Solar“ erfolgreich werden.

Ambitionierte Windkraft-Offensive

Der Gemeinderat hat mit unseren Stimmen die PV-Offensive mit einer Windkraft-Offensive flankiert. Mit seiner Lage am Schwarzwaldrand bietet Freiburg gute Voraussetzungen dafür, Windenergie effizient zu nutzen. Dafür werden nun eigene kommunale Windenergiegebiete ausgewiesen und entwickelt. Das ambitionierte Ziel lautet bis zum Jahr 2030 eine Verzehnfachung des aus Windkraft gewonnenen Stroms von 2020. Um dieses Ziel zu erreichen, wird unter anderem der Standort am Taubenkopf ans Netz angeschlossen.

Bernhard Schätzle (umweltpolitischer Sprecher): „Kommunal stehen wir zu unserer Verantwortung, das Klima mit vernünftigen und nachhaltigen Maßnahmen zu schützen. Bei den Themen Solar- und Windenergie geht es ja auch schon in die richtige Richtung, aber wir müssen weiterdenken. Stichwort: Fernwärme und Geothermie. Wir brauchen eine Fernwärme-Offensive, die diesen Namen auch verdient. Die Stadtverwaltung und die Badenova müssen hier endlich Tempo machen.“

Jupi

Fantypisches Verhalten entkriminalisieren

Am kommenden Dienstag entscheidet der Gemeinderat über die Evaluation der Stadionverordnung. Diese regelt grundsätzlich, was in und um das Mooswaldstadion erlaubt und verboten ist.

Vonseiten verschiedener Fanggruppierungen hat uns dabei die Beschwerde erreicht, dass insbesondere Gästefans für fantypisches Verhalten wie das Besteigen des Zaunes zum Anbringen von Transparenten oder zur Choreografie des Fangesangs rigide mit Bußgeldern sanktioniert werden. Dieses harte Durchgreifen ist in der gesamten Bundesliga untypisch und wirft ein schlechtes Bild auf das Freiburger Ordnungsamt. Wir werden daher beantragen, dass solche Verhaltensweisen, die einfach zur Fankultur des Fußballs dazugehören, in Zukunft nicht mehr sanktioniert werden.

Erfreulich ist, dass im Rahmen der Evaluation der Wolfsbuck aus dem Geltungsbereich der Verordnung gestrichen werden soll. Handlungsbedarf sehen wir auch bei der Toilettensituation rund um die Straßenbahnhaltestelle. Wir werden deshalb einen Antrag stellen, dass die Stadt mit dem Sportclub über eine Toilettenanlage in diesem Bereich in Verhandlungen tritt.

Außengastro mit Barrierefreiheit

Ebenfalls wird am Dienstag über die sogenannte Sondernutzungsrichtlinie entschieden. Diese regelt unter anderem, wo und in welchem Umfang Außengastronomie in der Innenstadt möglich ist. Unserer Fraktion ist dabei wichtig, dass eine Ausweitung der Freisitzflächen wie zur Coronapandemie weiterhin möglich ist. Auch Parkplätze sollen für die Gastronomie genutzt werden dürfen. Dies darf aber nicht zulasten der Barrierefreiheit geschehen. Blindenleitsysteme, zu denen unter anderem auch die Bächle zählen, müssen freigehalten werden, auch ein Durchkommen mit Rollstühlen muss gewährleistet sein. Nur so können alle Freiburger*innen auch weiterhin das mediterrane Flair unserer Stadt gemeinsam genießen.

FDP/Bürger für Freiburg

Ausbildungsstandort Freiburg?

Die duale Ausbildung steht vor einem Umbruch. Immer weniger junge Menschen beginnen eine Ausbildung in Berufen, in denen die Rahmenbedingungen nicht zu den Bedürfnissen der Berufsanfänger passen.

Viele Betriebe gehen neue Wege, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und ihre Branchen attraktiver für Nachwuchs zu machen. Die von der Stadt und vom Regierungspräsidium ins Spiel gebrachte schulische Auslagerung von Ausbildungsberufen der Floristik und des Druckwesens könnte die Suche für Betriebe aus Freiburg erschweren. Der Grund: Zu kleine Klassen bedrohen die Fortführung des Schulbetriebs. Daher werden seit geraumer Zeit Ausbildungsgänge zusammengeführt, um überhaupt eine Beschulung zu ermöglichen. An den neuen Standorten sollen die Auszubildenden aus der gesamten Region Blockunterricht erhalten und für diese Zeit in Internaten untergebracht werden, was in Freiburg nicht umsetzbar wäre.

Hierbei sollte jedoch auch die Sicht der betroffenen Betriebe einbezogen werden. Diese fürchten, dass eine Verschiebung des Ausbildungsstandortes weg von Freiburg die Ausbildung noch unattraktiver macht und damit die jeweilige betriebliche Fortführung in Gefahr gerät. Welche Folgen das für die Innenstadt Freiburgs hätte, ist unklar. Der Einzelhandel ist einer der führenden Magnete, die einen Besuch in der Stadt attraktiv machen. Eine Entscheidung, die unseren Anstrengungen entgegenwirkt, Innenstadt, Tourismus und Handel zu stärken, muss wohlüberlegt sein.

Daher müssen die Bedürfnisse der Betriebe einbezogen werden. Es braucht dafür Zahlen und Prognosen für die künftige Entwicklung in den betroffenen Berufsfeldern.

Wir wollen eine Entscheidung dieser Tragweite nicht übers Knie brechen. Daher haben wir mehr Informationen angefragt und stehen im engen Austausch mit vielen betroffenen Betrieben und Schulen. Eine Verschiebung der Abstimmung macht daher Sinn, um die Entscheidung besser vorzubereiten. Einmal mehr zeigt sich, dass Freiburg dringend eine umfassende Strategie für die Zukunft des Berufsschulstandortes braucht.

Freie Wähler

Belastungsgrenze ist erreicht

3,50 Euro für eine Stunde Parken sollten eigentlich genug sein. Aber nein, der Gemeinderat hat 2019 beschlossen, im Abstand von zwei Jahren immer und immer wieder die Gebührenschaube fester zu drehen. Ein Beschluss, dem die Verwaltung folgt, denn die Kassen sind leer. Bedenken sollte man jedoch, dass die turnusmäßige Gebührenerhebung maßgeblich dazu beitragen wird, den Niedergang der Innenstadt sowie des Freiburger Einzelhandels zu beschleunigen, denn diese Maßlosigkeit wird vor allem die auswärtigen potenziellen Innenstadtbesuchenden abschrecken. Der Umwelt hilft diese Abzocke – anders kann man es kaum nennen – auch nicht, denn die einkaufswillige und zahlungskräftige Kundschaft fährt dann eben andere Innenstädte an, bei denen zum Teil sogar mit freiem Parken geworben wird.

Es heißt also Maß halten, statt weiterhin die Autofahrer zu verteufeln. Ob letztendlich mehr Geld in der Stadtkasse landet, bleibt zudem fraglich, denn ein leerer Parkplatz bringt überhaupt keine Gebühren ein, außer dass er Schaden bei den Gastronomen und Einzelhändlern der Innenstadt anrichtet.

Die Fraktion der Freien Wähler wird daher der weiteren Erhöhung der Parkgebühren am kommenden Dienstag nicht zustimmen.

AfD

Teuerungsspirale in Freiburg

Es ist atemberaubend, mit welchem Elan der links-grüne Gemeinderat in trauter Zusammenarbeit mit unserem Oberbürgermeister an der Teuerungsspirale dreht. Es ging in den letzten Monaten in fast allen Bereichen nach oben, und das Ende der Fahnenstange ist nicht abzusehen. Klimaprojekte müssen schließlich bezahlt und diverse Politgruppen bedacht werden. Es berappen Arbeiter, Angestellte, Mittelstand, Familien mit Kindern. Hier eine kleine Übersicht, was teurer geworden ist:

- Parken am Mundenhof und Anwohnerparken
- Kindertagesstätten
- Eintritt in Freiburger Bäder
- Ganz neu: Allgemeiner Gebührenkatalog der Stadt
- Ganz neu: Parken am Opfinger See bis zehn Euro (im Sommer)
- Ganz neu: Abfallgebühren +15 %
- Geplant: Parkgebühren Innenstadt 10%–15%

Bei allem gespielten Unmut so mancher bürgerlicher Fraktion, wurde jede noch so freche Erhöhung letztlich durchgewunken. Lediglich die Linke hat mit der AfD gegen die Explosion bei den Abfallgebühren gestimmt. Unsere Vorschläge für ein moderates Vorgehen, um das Parkproblem am Opfinger See zu lösen, wurden abgeschmettert. Bei den Parkgebühren sind wir bald bei vier Euro pro Stunde. Mit uns nicht zu machen, mit der grünen Mehrheit samt Narrensaum schon.

Freiburg Lebenswert

Denkmalwürdige Gebäude in Gefahr!

Auf manche Dinge ist in Freiburg einfach Verlass. Zum Beispiel auf eine prall gefüllte Abrissliste historischer, stadtbildprägender Gebäude ebenso wie eine Denkmalbehörde, die einem Bauträger keinen Abrisswunsch ausschlägt. Zuverlässig wird historischen Gebäuden der Denkmalstatus abgesprochen, weil über die Jahre Veränderungen vorgenommen wurden.

Aktuell steht zum Abriss an die Reutebachgasse 37, erbaut 1788, eines der letzten Fachwerkhäuser Zähringens, gut erhalten. Denkmalschutz? Nein. Angeblich innen zu stark verändert. Oder eines der ältesten Gebäude in Günterstal in der Kybfelsenstraße: Denkmalstatus aufgehoben, innen zu stark verändert. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Der Denkmalschutz wird in Freiburg vollkommen ad absurdum geführt. Veränderungen im Innenbereich wirken sich nicht auf das Stadtbild aus, zumal an fast allen alten Gebäuden irgendwann Veränderungen vorgenommen wurden. Erst recht müsste das Münster abrisssgefährdet sein, denn bei ihm wurden sogar außen Anbauten hinzugefügt, so im 16. Jahrhundert an die Südfassade des romanischen(!) Querschiffs die Renaissance(!)-vorhalle.

Die Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag verpflichtet, den Denkmalschutz zu stärken. FL hat vor Jahren schon Vorschläge in Stuttgart eingereicht, die leider völlig ohne Reaktion blieben. Es wird höchste Zeit, dass die Denkmalschutz-Richtlinien zugunsten des Erhalts von Gebäuden geändert werden.

Müllgebühren steigen ab Januar

Privathaushalte bezahlen künftig rund 16 Prozent mehr

Im kommenden Jahr steigen die Abfallgebühren für Privathaushalte spürbar. Dem hat der Freiburger Gemeinderat in seiner jüngsten Sitzung nach einer kontroversen Debatte mit großer Mehrheit zugestimmt.

Im Haushaltstarif beläuft sich die Kostensteigerung je nach Größe und Behälterwahl auf 15,7 bis 16,5 Prozent. Im konkreten Beispiel heißt das: Ein Vierpersonenhaushalt zahlt im günstigsten Tarif künftig 237 statt 203 Euro jährlich. Gründe dafür sind die hohe Inflation, die CO₂-Bepreisung von Abfallverbrennung, höhere Personalkosten sowie das Defizit aus den Vorjahren. Die Stadt will prüfen, ob sie 2025 einen günstigeren Tarif mit vierwöchentlicher Abholung einführen kann.

Die Anhebung der Müllgebühren war ein kontroverses Thema im Gemeinderat. Letztendlich gab es dennoch nur sechs Gegenstimmen von Eine Stadt für alle und der AfD. Stadträtin Lina Wiemer-Cialowicz von Eine Stadt für alle betonte, dass dieses Vorhaben hinsichtlich der vielen vorangegangenen Gebührenerhöhungen in diesem Jahr „weder vermittelbar noch gerechtfertigt“ sei. AfD-Stadtrat Detlef Huber bezeichnete das Vorhaben als „unsozial“. Bernhard Schänzle von der CDU hingegen hielt den Schritt für das gerechtfertigte Ergebnis einer „einfachen mathematischen Gleichung“. Das müsse man „nicht prickelnd“ finden, aber dennoch hinnehmen.

Am meisten steigen die Abfallgebühren für Gewerbebetriebe, die Papier- und Kartonagenerzeugnisse entsorgen lassen: Weil der Papierpreis auf dem Sekundärstoffmarkt stark eingebrochen ist, liegt die Preissteigerung hier bei über 220 Prozent. Christoph Glück von der FDP/BfF-Fraktion kritisierte die hohe Belastung für Gewerbetreibende.

Laut der neuen Abfallwirtschaftssatzung müssen Freiburgerinnen und Freiburger außerdem ihre Müllbehälter künftig bereits bis 5.30 statt wie bisher bis 6 Uhr am Abfuhrtag bereitstellen. Hintergrund ist, dass die Abfallwirtschaft die Abholung so kurzfristig vorverlegen kann – zum Beispiel dann, wenn es besonders heiß ist.

Trinkflaschen für Grundschüler

Grund zur Freude für Kinder und Klima: Rund 7000 umweltfreundliche Edelstahlflaschen hat das Amt für Kinder, Jugend und Familie in der vergangenen Woche an Freiburgs Grundschülerinnen und Grundschüler verteilt. Die Idee dazu hatten Jugendliche der Pestalozzi-Realschule im Rahmen des „Jugendforums .komm 2022.“

Ziel ist es, Plastikmüll zu vermeiden und die Familien darauf aufmerksam zu machen, dass Leitungswasser ein hochwertiges Lebensmittel ist. Die Trinkflaschen passen deshalb unter die Wasserspender in den Schulen, sodass die Kinder sie dort jederzeit befüllen können. Das Umweltschutzamt hat die Aktion mit dem Amt für Schule und Bildung finanziert. Auf den Flaschen prangt deshalb neben dem Stadtwappen auch das Motto „Ich tu was! Für Kinder, Jugend und Umweltschutz“. Freiburg fördert als Teil der Initiative Blue Community die Nutzung von Leitungswasser als Trinkwasser.

Gemeinderat vom 28. November in Kürze

Neue Leiterin des AKI

Vanessa Völkel wird neue Leiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie – das hat der Gemeinderat beschlossen. Sie wird ihre Stelle im Frühjahr 2024 antreten. Die 41-Jährige leitete in den vergangenen drei Jahren das Jugendamt des Landkreises Emmendingen. Außerdem lehrt die Diplom-Sozialarbeiterin an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg zum Thema Kinderschutz und arbeitet auf Landes- und Bundesebene in mehreren Gremien mit. Von 2016 bis 2019 war sie beim Bayerischen Landesjugendamt tätig, mit Schwerpunkten wie Inobhutnahme, Gewalt in der Familie und Kinderschutz. Zudem hat sie 2020 berufsbegleitend einen Masterstudiengang in Sozialmanagement abgeschlossen.

Neue Leitung für Gender-Diversity

Der Gemeinderat hat Sulamith Hamra zur Leiterin der Geschäftsstelle Gender und Diversity gewählt. Hamra studierte Europäische Ethnologie und Geschichte in Berlin und promovierte in Göttingen im Fach Europäische Ethnologie/Empirische Kulturwissenschaften. Bis 2020 leitete die 45-Jährige das „House of Resources Berlin“, ein Projekt zur Stärkung von Organisationen für Migrantinnen und Migranten. Anschließend war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für angewandte Sozialwissenschaften in Stuttgart. Seit März 2022 leitete Hamra die Geschäftsstelle Gender und Diversity kommissarisch. Die Stelle ist Teil des Referats für Chancengerechtigkeit und begleitet den städtischen Gleichstellungsprozess sowie Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung.

Breitbandausbau geht voran

Zur Kenntnis genommen hat der Gemeinderat den Bericht der Verwaltung zum aktuellen Stand des Ausbaus von Glasfaser. Aktuell sind sieben Telekommunikations-Unternehmen im Glasfaserausbau in Freiburg tätig. In sieben Stadtteilen wird dieses Jahr der Ausbau abgeschlossen sein, drei weitere Stadtteile sind dabei, und in weiteren vier Stadtteilen wurden Teilbereiche erschlossen (Haslach, Brühl-Beurbarung, Weingarten, Mooswald).

www.freiburg.de/breitbandausbau

Entschießung zum Radikalenerlass

Im vergangenen Jahr jährte sich zum 50. Mal der „Radikalenerlass“. Er wurde 1972 von der Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Titel „Grundsätze zur Frage verfassungsfeindlicher Kräfte im öffentlichen Dienst“ beschlossen. In der Folgezeit wurden Tausende Berufsverbots- und Disziplinarverfahren eingeleitet. Als Zeichen einer offenen, toleranten, demokratischen Gesellschaft fordern ESFA, SPD/Kult, Grüne, JUPI und FL in einem gemeinsamen Antrag, das Thema wie bereits in anderen baden-württembergischen Großstädten auf die Tagesordnung des Gemeinderats zu setzen. Ziel ist eine Entschließung, in der die Landesregierung Baden-Württemberg aufgefordert wird, den Erlass ersatzlos und vollumfänglich aufzuheben, alle Betroffenen zu rehabilitieren und zu entschädigen. Voraussichtlich in seiner ersten Sitzung im neuen Jahr wird sich der Gemeinderat damit befassen.

Wohnungen nicht zweckentfremden

Der Gemeinderat hat einstimmig dafür votiert, die Satzung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum im Wesentlichen fortzuführen. Eine solche Satzung gilt für maximal fünf Jahre, die aktuelle würde sonst Ende Januar 2024 außerkrafttreten. Außerdem hat der Rat, wie bereits 2018, das Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum bestätigt. Dieses hat die Stadt 2014 erstmals erlassen – Hintergrund war der knappe Wohnraum in Freiburg. Laut Satzung dürfen Wohnungen nicht länger als sechs Monate leer stehen und auch nicht gewerblich genutzt werden, zum Beispiel als Ferienwohnung.

Zukäufe auf dem Münstermarkt

Die Stände auf der Nordseite des Münstermarkts dürfen künftig mehr Obst- und Gemüsesorten zukaufen – so der einstimmige Beschluss des Gemeinderats. Bislang galt, dass die Bauernstände nur regionale Produkte von Betrieben zukaufen dürfen, die ebenfalls als Selbsterzeuger auf dem Münstermarkt sind. Diese Beschränkung gilt künftig nicht mehr, außerdem dürfen die Bauernstände zwischen Februar und Mai bis zu 30 Prozent überregionale Ware einkaufen, die sie sonst in der Sommersaison selbst anbauen: etwa Gemüsesorten wie Brokkoli, Radieschen, Endivien, Fenchel, Paprika oder Tomaten. Diese Produkte müssen aber entsprechend gekennzeichnet werden. Auf diese Weise soll das Sortiment attraktiver und die Betriebe sollen wirtschaftlich gestärkt werden. Der Vorschlag kam von der Freiburg Wirtschaft und Touristik, die als Betreiberin des Marktes das jahrzehntealte Zukaufsverbot nicht mehr zeitgemäß fand.

Gebühren neu kalkuliert

Ob Personalausweis, Geburtsurkunde oder Bauantrag – das Ausstellen von Dokumenten bedeutet Arbeit, und die kostet Geld. Auch eine Trauung unter freiem Himmel, die Aufbewahrung des abhandengekommenen Drahtesels im städtischen Fundfahrradkeller oder die Vormerkung des Lieblingsbuchs in der Stadtbibliothek: Die Kosten für diese und weitere Dienstleistungen gibt die Kommune in Form von Gebühren an die Nutzenden weiter, ohne selbst daran zu verdienen. Um kosten-

deckend arbeiten zu können, werden die Verwaltungsgebühren regelmäßig an die allgemeine Kostenentwicklung angepasst, bei Bedarf werden neue Gebühren für neue Services eingeführt – und hin und wieder auch abgeschafft. Ohne Diskussion stimmten die Rätinnen und Räte mit großer Mehrheit der nun überarbeiteten Kalkulation zu – nachzulesen in der Bekanntmachung ab Seite 8.

Teure Funde im Colombipark

Seit April wird der Colombipark zu einer attraktiven innerstädtischen Freizeitfläche mit großem Spielplatz umgestaltet. Wie bereits ausführlich berichtet, kamen bei den Bauarbeiten jahrhundertealte Überbleibsel aus Freiburgs Geschichte zutage. Für den Denkmalschutz ist das ein Fest, für die Bauarbeiten bedeutet es allerdings, dass sie länger dauern und teurer werden. Die archäologischen Mehrkosten von rund 950 000 Euro übernimmt das Land. Weitere gut 735 000 Euro muss die Stadt zusätzlich bezahlen, weil die Baupreise zwischenzeitlich stark gestiegen sind und außerdem der Bau einer neuen Stützmauer erforderlich ist. Der Gemeinderat hat den Mehrkosten mit großer Mehrheit zugestimmt.

Gemeinderat für faire Löhne

Die Stadtverwaltung hat dem Gemeinderat ausführlich dargelegt, wie sie sicherstellt und kontrolliert, dass bei Aufträgen der Stadt oder von städtischen Töchtern an externe Auftragnehmer korrekte Löhne gezahlt werden. Damit hat sie eine Anfrage der SPD/Kulturliste vom Dezember 2022 beantwortet. Konkret geht es um die Einhaltung des Landestariffreue- und Mindestlohngesetzes. Bei der kurzen Aussprache machten alle Rednerinnen und Redner deutlich, dass es einen breiten politischen Konsens gebe und die öffentliche Hand Vorbildfunktion habe, wie es stellvertretend für alle Tim Simms von den Grünen formulierte.

Deutschlandticket ist großer Erfolg

Das Deutschlandticket hat zu einer deutlichen Steigerung der abgeschlossenen Abo-Verträge beim Regio-Verkehrsverbund Freiburg (RVF) geführt. Bei den Erwachsenen hat die Zahl der Abo-Verträge in diesem Jahr im Zeitraum zwischen April bis Oktober um rund 22 000 Abos (+68 %) zugenommen. Jetzt hat der Gemeinderat einstimmig beschlossen, das Deutschlandticket in die Direktvergabe an die VAG zu integrieren und das Jugendticket-BW in das Deutschlandticket zu überführen. Dafür muss die Schülerbeförderungssatzung angepasst werden.

Mehr Ortschaftsräte in Munzingen

Die Anzahl der Ortschaftsräte in den Freiburger Ortschaften berechnet sich nach der Zahl ihrer Einwohner. Demnach stehen sowohl dem Rat in Munzingen als auch in Hochdorf bei der kommenden Kommunalwahl im Frühjahr 2024 mehr Sitze zu als bislang. Laut Gemeindeordnung kann der Ortschaftsrat entscheiden, ob er die Anzahl seiner Mitglieder erhöhen will. Während der Ortschaftsrat in Hochdorf sich für die Fortsetzung des Status quo aussprach, hat Munzingen für eine Aufstockung votiert. Die dafür notwendige Änderung der Hauptsatzung hat der Gemeinderat jetzt einstimmig beschlossen.

Friedhofsgebühren steigen und sinken

Die Kosten für Bestattungen in Freiburg werden ab kommendem Jahr steigen. Das hat der Gemeinderat einstimmig entschieden. So kostet eine Erdbestattung ab 1. Januar 2024 knapp 1800 Euro, verglichen mit bislang rund 1630 Euro, eine Urnenbestattung beläuft sich auf 453 statt wie bislang auf 400 Euro. Günstiger werden hingegen die Gebühren für die Grabnutzung: Die 15-jährige Nutzung eines Reihengrabs für Erdbestattung kostet künftig 346 statt 467 Euro, bei einer Aschenbeisetzung sinken die Gebühren von 353 auf 244 Euro. Hintergrund ist, dass bei der Grabnutzung in den der Neukalkulation zugrunde liegenden Jahren 2020/21 eine Kostenüberdeckung erzielt wurde, die Gebühren für die Bestattungen die Kosten jedoch nicht gedeckt hatten, hier also eine Unterdeckung verzeichnet wurde. Von der Stadt übernommen wurde ein interfraktioneller Antrag, nach dem für die Bestattung von Kindern unter einem Jahr die veranschlagte Gebühr von 504 Euro ersatzlos gestrichen wird. Freiburg liegt mit seinen Gebühren auf einem ähnlichen Niveau wie Stuttgart oder Mannheim.

Großer Schritt für neuen Stadtteil

Gemeinderat: Flächennutzplan für Dietenbach wird geändert

Mit großer Mehrheit hat der Gemeinderat eine Änderung des Flächennutzungsplans 2020 für den Stadtteil Dietenbach beschlossen – ein weiterer Meilenstein für den neuen Stadtteil. Die Änderung war erforderlich, weil im aktuellen Plan die zu bebauenden Flächen noch größtenteils für Landwirtschaft vorgesehen sind.

Ein Flächennutzungsplan, kurz FNP, ist dem Bauleitplan quasi vorgeschaltet und stellt dar, wo Flächen für Wohnungsbau, für gemischte Nutzung, für Grünflächen und Wald und für Gemeinbedarf, also etwa für die Gemeinschaftsschule oder die Stadtbahntrasse, liegen werden. Die konkrete Ausarbeitung der einzelnen Quartiere erfolgt dann in den Bebauungsplänen – der erste davon soll rund 1600 Wohnungen für 3400 Menschen schaffen und ist bereits in Arbeit; im Februar 2024 geht er in die zweite Offenlage.

In seiner Sitzung sollte der Gemeinderat eigentlich nur die Änderung des Flächennutzungsplans beschließen – doch in der Diskussion ging es dann noch mal ums Große und Ganze. Vorausgegangen waren zwei Anträge: Wolf-Dieter Winkler von Freiburg Lebenswert hatte gefordert, das Thema von der Tagesordnung zu nehmen, da die Verwaltung in Bezug auf die möglichen Varianten für die Trassenführung der Straßenbahnlinie voreingenommen sei; dieser Antrag wurde abgelehnt. Außerdem hatte Eine Stadt für alle gemeinsam mit ihm beantragt, einen Teil des Langmattenwäldchens als „Fläche für den Wald“ zu bewahren und nicht mit Wohnungen zu bebauen – auch dieser Antrag fand keine Mehrheit.

Wald versus Wohnen

Das Thema Walderhalt sei zwar wichtig, konterte Baubürgermeister Martin Haag, aber: „Es geht nicht nur um Wald, sondern auch um den Bau von Wohnungen und darum, die Wirtschaftlichkeit zu erhalten.“ Der Planungsprozess sei lange und demokratisch gewesen, und seit dem Bürgerentscheid im Jahr 2019 habe die Verwaltung die Pläne immer wieder modifiziert.

Grünen-Stadtrat Simon Sumbert erzählte, dass er im Rieselfeld aufgewachsen sei und davon profitieren durfte, dass Freiburg sich für diesen neuen Stadtteil entschieden hatte. Dass die Rieselfelder beim Bürgerentscheid 2019 mehrheitlich für Dietenbach gestimmt hätten, habe ihn stolz gemacht: „Das war keine Entscheidung für den eigenen Hinterhof, sondern für ganz Freiburg.“ Was Wald- und Grünflächen angehe, räumt er ein: „Zur Ehrlichkeit gehört: An keinem der benachbarten Ökosysteme wird der Bau des neuen Stadtteils spurlos vorübergehen.“ Aber die Grünen würden sich dafür einsetzen, die Belastungen so gering wie möglich zu halten.

Kompromisse gefragt

Gregor Mohlberg von Eine Stadt für alle stellte die Frage, ob Dietenbach so wie geplant noch realisierbar sei, aber Prämisse sei: „Wir wollen diesen Wohnraum.“ Ludwig Striet (SPD/Kulturliste) betonte, dass es ohne Kompromisse nicht gehe. „Jede Abholzung eines Baumes tut mir weh, aber Wohnen ist auch für unsere Kinder und Kindeskinde wichtig.“ Wolf-Dieter Winkler lehnte die Änderung des FNP klar ab und verwies auf den Naturschutzbund, der sich im Netzwerk „Hände weg vom Dietenbachwald“ für den Erhalt des Waldes engagiert.

Im Anschluss an die kurze Debatte betonte Bürgermeister Haag, es gelte, ökonomische, ökologische und soziale Belange zu beachten. „Das erfordert etwas, das vielleicht gerade nicht mehr so angesagt ist: den guten Kompromiss.“ Danach stimmte der Gemeinderat der Vorlage mit großer Mehrheit, bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme, zu. Das sei „ein großes Zeichen Ihrer Unterstützung“, so das Fazit von Oberbürgermeister Martin Horn. „Damit haben wir einen weiteren Schritt gemacht.“

Faire Lösung im Freiburger Osten

Gemeinderat befürwortet Zukunft der Sportachse-Ost

Einstimmig hat der Gemeinderat das Konzept für die Zukunft der Sportachse-Ost sowie die Verlängerung des Mietvertrags mit dem SC Freiburg für das Dreisamstadion beschlossen. Lediglich vier Ratsmitglieder enthielten sich.

Mit dem Ratsbeschluss kommt jetzt also die bereits ausführlich vorgestellte Lösung: Die Stadt wird den Mietvertrag mit der Uni für die Tennisplätze zwischen den Sportgeländen von FT und PTSV kündigen, um dort den Bau eines Multifunktionsfelds zu ermöglichen. Das wird von beiden Vereinen genutzt und kommt insbesondere dem Jugend- und Breitensport zugute.

Der Sportclub Freiburg, dritter betroffener Verein in der Sportachse, kann wie erhofft das Dreisamstadion langfristig mieten und damit dem Frauenteam endlich bundesligataugliche Rahmenbedingungen ermöglichen. Auch die aktuell in der dritten Liga spielende zweite Herrenmannschaft hat hier ihre neue Heimat. Im Gegenzug beteiligt sich der Sportclub mit 300 000 Euro an der Entwicklung der Sportachse. Außerdem stellt der SC bis zur Fertigstellung des neuen Multifunktionsplatzes Trainingsflächen am Dreisamstadion zur Verfügung und wird zusätzlich rund 6,5 Millionen Euro rund ums Stadion investieren.

Konzept fürs Uni-Tennis

In der gemeinderätlichen Aussprache machten Rednerinnen und Redner fast aller Fraktionen deutlich, dass sie das Gesamtpaket für eine gute, faire Lösung halten. Ohne Zweifel, so Grünen-Stadtrat Lars Petersen, gebe es aber Zielkonflikte, die eine „Abwägung unumgänglich“ machten. Für den Uni-Tennissport und den vom Umzug der SC-Damen betroffenen Verein Blau-Weiß Wiehre forderte er eine gute Perspektive. Ein interfraktioneller Antrag, der für beide eine Unterstützung bei der Erstellung von Konzepten forderte, wurde von der Verwaltung übernommen.

Lina Wiemer-Cialowicz von Eine Stadt für alle freute sich vor allem für die SC-Damen, deren bisherige Bedingungen für einen Bundesligisten „eher unwürdig“ gewesen seien. Stefan Schillinger (SPD/Kulturliste) gab Einblicke in die sechs Jahre lange Vorgeschichte, bezeichnete die gefundene Lösung aber als „mehr als respektabel“. Martin Kotterer (CDU) führte ein Freiburger Grundproblem an: „Wir haben für viele Dinge zu wenig Flächen.“ In der Abwägung sei aber klar, dass der Breitensport Vorrang habe.

Sophie Kessl (Jupi) wünschte sich gewohnt satirisch einen „fairen sportlichen Wettkampf“ um die Flächen, beispielsweise zwischen Christian Streich und Uni-Rektorin Kerstin Krieglstein. Ganz kurz fasste sich AfD-Stadtrat Detlef Huber: „Das ist ein guter Kompromiss. Nicht alle sind glücklich, aber der Breitensport profitiert.“

Kritik ja, aber kein Nein

Eher kritisch äußerte sich Franco Orlando (FDP/BfF). Diese Entscheidung mache „keinen richtigen Spaß“, den Uni-Tennissport bezeichnet er als „Bauernopfer“. Noch weiter ging Johannes Gröger (FW). „Eine Lösung, die ein neues Problem schafft, ist keine Lösung.“ Wolf-Dieter Winkler (Freiburg Lebenswert) präsentierte eine alternative Lösung: Ein Teil der Tennisplätze könne erhalten werden, wenn die neue FT-Kita auf den Parkplätzen errichtet würde.

Dem konnte oder wollte die Ratsmehrheit nicht folgen – die Schlussabstimmung brachte ein klares Votum für die Sportachse-Ost.

Kein „Wildwest“ auf dem Wohnungsmarkt

Stadt erstellt neuen Mietspiegel für 2025/26

Für die Jahre 2025/26 soll ein neuer Mietspiegel erstellt werden – das hat der Gemeinderat in seiner jüngsten Sitzung beschlossen. Der Mietspiegel bietet eine Übersicht über die gezahlten Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt und berücksichtigt unter anderem die Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und Lage der Wohnung; künftig soll auch die energetische Ausstattung mit einfließen.

Wie bereits in der Vergangenheit wird ein externes, unabhängiges Institut die Daten erheben und auswerten, außerdem werden zwischen Mai und August 2024 Mieterinnen und Mieter sowie Vermieterinnen und Vermieter befragt werden. Die Kosten für das Erstellen des neuen Mietspiegels werden aktuell auf 205 000 Euro veranschlagt. Ziel ist, dass die Verwaltung den Gemeinderat Ende 2024 über die Ergebnisse informiert und sie zur Beschlussfassung als Mietspiegel vorlegt.

Im Gemeinderat stieß der Mietspiegel auf ein überwiegend, aber nicht ausschließlich positives Echo. Kritik an den gesetzlichen Vorgaben übte Annemarie Reyers von Eine Stadt für alle: und zwar daran, dass bei der Erstellung nicht alle Mieten, sondern nur die der letzten sechs Jahre berücksichtigt werden. Damit treibe der Mietspiegel die Preise in die Höhe.

CDU-Stadtrat Klaus Schüle betonte, dass der Mietspiegel Transparenz schaffe, und Walter Krögner von der SPD/Kulturliste befand, dass er trotz all seiner Schwächen wichtig sei. „Was wäre denn die Alternative?“, fragte er und lieferte die Antwort gleich mit. „Das wäre Wildwest auf dem Freiburger Wohnungsmarkt.“ Und dieser sei schon „schlimm genug.“

Bürgermeister Martin Haag wiederum betonte, dass sich der Mietspiegel als Mietpreisbremse erweise, schließlich habe man alle Möglichkeiten ausgenutzt. Die Entscheidung im Rat fiel einstimmig, bei zwei Enthaltungen.

Mobilfunknetze werden ausgebaut

Städtische Grundstücke als Standort möglich

Der Gemeinderat hat sich einstimmig für einen Ausbau der Mobilfunknetze in Freiburg ausgesprochen. Auch städtische Liegenschaften sollen dafür infrage kommen. Außerdem hat er die Verwaltung beauftragt, städtische Infrastruktur und Immobilien für Mobilfunkanlagen nutzbar zu machen.

Bislang war das aufgrund der seit 2001 geltenden Mobilfunkbeschlüsse nicht oder nur eingeschränkt möglich: Aus Sorge um die Strahlenbelastung konnte beispielsweise in einem Umkreis von 500 Metern um einen Kindergarten keine Mobilfunkanlage installiert werden. Diese Beschlüsse wurden jetzt aufgehoben.

Hintergrund sind die steigende Nachfrage nach mobilen Datendiensten sowie die Versorgungsaufgaben des Bundes, die einen Ausbau beziehungsweise eine Verdichtung der bestehenden Mobilfunknetze erforderlich machen. Laut Sachstandsbericht der Verwaltung hat Freiburg ein annähernd flächendeckendes Mobilfunknetz; allerdings gibt es wenige weiße Flecken, etwa in den Seitentälern von Opfingen, im Kappler Großtal oder im Bohrerthal oberhalb von Günterstal.

Das könne so nicht bleiben, sagte CDU-Stadtrat Klaus Schüle. Der Ausbau des Netzes sei „eine Frage der Teilhabe“, der allen Menschen in Freiburg die gleichen Möglichkeiten einräume. Auch Oberbürgermeister Martin Horn befand, der Ausbau sei „von hoher Notwendigkeit“. Den Ortschaftsräten seien die Pläne bereits vorgestellt worden.

Mehrere Gemeinderätinnen und -räte sprachen die Strahlenbelastung an, etwa Simon Sumbert von den Grünen: „Der größte Strahlenemittent im Alltag ist das eigene Mobiltelefon“, betonte er, insofern könne jeder selbst entscheiden, welcher Strahlung er sich aussetze. Auch Jupi-Stadträtin Sophie Kessl griff das Thema auf, in gewohnt satirischer Weise. Wolf-Dieter Winkler von Freiburg Lebenswert hingegen mochte gesundheitliche Risiken nicht ausschließen; deshalb enthielt er sich bei der Abstimmung.

Letzte Sitzung des Gemeinderats vor der Weihnachtspause

Am Dienstag, 12. Dezember, um 16 Uhr tagt der Gemeinderat ein letztes Mal in diesem Jahr. Wie immer können interessierte Bürgerinnen und Bürger der Sitzung im Neuen Ratssaal des Innenstadtrathauses beiwohnen. Allerdings sollten Zuhörende Sitzfleisch mitbringen. Die Tagesordnung ist zum Jahresende vollgepackt mit spannenden stadtpolitischen Themen: vom neuen Eisstadion über Kleineschholz bis zum Stadttunnel. Auch das neue Jahr hat kommunalpolitisch viel Aufregendes zu bieten: Im Juni findet die Gemeinderatswahl statt.

So lebten die Kelten

Reise in die Eisenzeit: Neue Kinderausstellung im Archäologischen Museum

Seit Kurzem läuft im Archäologischen Museum Colombischlössle die Sonderausstellung „KeltenKids“. Dort machen über 140 Fundstücke, Nachbildungen und Illustrationen das Leben der Kelten vor über 2000 Jahren greifbar – und laden Klein wie Groß zum Mitmachen ein.

Die Zeitreise beginnt am Hafen. Die Kelten waren innovative Handwerksleute, die erstmals in Mitteleuropa Eisen verarbeiteten. Ihr Handelsnetz war entsprechend weit verzweigt. Wie bedeutend der Handel für die Kelten war, macht die Ausstellung mit einem großen Wandbild vom Getümmel am keltischen Hafen sowie einem nachgebauten Schiffsbug greif- und vorstellbar.

Zum Mitmachen

Genau das ist das Ziel der Schau: Geschichte zugänglich und mit allen Sinnen vermitteln. Das betont auch Co-Projektleiterin Angelika Zinsmaier: „Wir wollen zeigen, wie die Kelten wirklich lebten, und uns dabei spielerisch den ausgestellten Fundstücken annähern.“ Vom Hafen geht es weiter in das Oppidum, eine keltische Stadt, wo sich der interaktive Charakter der Ausstellung besonders deutlich zeigt. Besucherinnen und Besucher schreiten durch das originalgetreue Stadttor auf den Marktplatz – und mitten hinein in den keltischen Alltag.

Am Marktstand können die Kinder Werkzeuge anfassen, mit Waren handeln und an zeitgenössischen Düften in Amphoren schnuppern. Wie oft hat man schon die Gelegenheit, Geschichte zu riechen? Ganz nebenbei lernen sie etwas über keltischen Tausch- und späteren Münzhandel. Einen echten Münzschatz aus der Keltenzeit gibt es hier auch zu bestaunen.

Keltisches Handwerk findet man auf dem Markt natürlich ebenfalls – von filigranen Fibeln bis hin zu typisch keltischen Tierfiguren wie dem abgebildeten Eber. Die tierischen Fundstücke seien bei den kleinen Museumsbesuchern besonders beliebt, weiß Angelika Zinsmaier aus Erfahrung.

Zu Hause bei Kelten

Wie sah es eigentlich bei einem keltischen Häuptling zu Hause aus? Auch darauf bietet das Museum eine Antwort. Wer Lust hat, kann im keltischen Wohnhaus Rundmühle spielen, eine Keltenrüstung an- und sich selbst am Webrahmen ausprobieren. Auch in keltische Kleidung können Besucherinnen und Besucher schlüpfen. Lange galten die Hosen und bunten Karomuster der Kelten unter den Römern als barbarisch. Dann habe sich der Trend gewandelt, und die keltische Kleidung sei zum Exportschlager geworden, schmunzelt Co-Projektleiter Johannes Gier.

Neben den Mitmachstationen gibt es spannende Fundstücke wie ein Schwert, Schmuck und sogar Hausschlüssel zu sehen. All das können Archäologiefreunde und -freundinnen zwischen authentischen Lehmflechtwerkwänden im Keltenhaus erleben – eine stimmungsvolle Kulisse für Zeitreisende ab fünf Jahren.

Kleine Gallier

Die berühmtesten Kelten – oder Gallier, wie die Römer die Kelten im heutigen Frankreich nannten – sind wohl Asterix und Obelix. Auch sie finden ihren Platz im Museum: Ein großes Playmobil-Modell im Foyer zeigt einerseits amüsante Szenen mit den Comichelden, andererseits stellt es Fundorte und archäologische Exponate dar. Vom Oppidum in Altenburg-Rheinau über das Heidedorf bei Egesheim bis zu den Grabhügeln in Kappel-Grafenhausen wird die keltische Welt lebendig.

Rahmenprogramm

„KeltenKids“ ist bis September 2024 zu sehen. Zur Ausstellung gibt es ein umfangreiches Rahmenprogramm: Von Führungen für Kinder und Erwachsene über inklusive Familienangebote und Kostümführungen bis hin zu einem Escape Game. In Workshops entstehen Gefäße aus Ton, mit Pflanzen gefärbte Tücher, selbst geschliffene Bernstein-Anhänger oder digitale Comic-Panels.

Anlässlich des 40-jährigen Jubiläums des Archäologischen Museums ist an den Freitagen 15. und 22. Dezember der Eintritt ins Museum frei. Zusätzlich gibt es am Freitag, 15. Dezember, um 15 Uhr eine kostenfreie Schnupperführung.

Archäologisches Museum, Rotteckring 5, Öffnungszeiten: Di–So 10–17 Uhr; Mi 10–19 Uhr. Eintritt: 7, ermäßigt 5 Euro. Unter 27 Jahren ist der Eintritt frei. www.freiburg.de/keltenkids

Kurz gemeldet

Wer spendet Stammzellen?

Mit einer Typisierungsaktion sucht das Theater Freiburg nach einer Stammzellenspende für den dreijährigen Karl. Er ist der Sohn einer Theatermitarbeiterin und an Blutkrebs erkrankt. Die Aktion findet in Kooperation mit der Stammzelldatei der Uniklinik an zwei Adventssamstagen im Theaterfoyer statt:

- Sa, 9.12., 14.30–19 Uhr
- Sa, 16.12., 16.00–20 Uhr

Eine Typisierung per Wangenabstrich dauert nur einen kurzen Moment, für Blutkrebs Erkrankte ist sie oft die einzige Überlebenschance.

Mehr Informationen zur Stammzellspende unter: www.freiburger-stammzelldatei.de

FWTM finanziert Weihnachtslichter

Um die Freiburger Einzelhändlerinnen und -händler zu unterstützen und für weihnachtliches Flair in der Innenstadt zu sorgen, übernimmt die Freiburg Wirtschaft Touristik die Kosten für die Weihnachtsbeleuchtung: und zwar sowohl beim Weihnachtsmarkt als auch in der Kaiser-Joseph-Straße, der Bertoldstraße und der Rathausgasse. Die Instandhaltung und Montage der Lichter werden traditionell auch durch Beiträge der Einzelhändlerinnen und -händler finanziert.

Während der Coronapandemie hatte die FWTM 2020 erstmalig die Kosten übernommen. Im vergangenen Jahr wurde die Anlage modernisiert, sodass durch neue Leuchtmittel rund 70 Prozent des Stromverbrauchs eingespart werden. Auch den privaten Initiativen, die die Weihnachtsbeleuchtung in der Gerberau und der oberen Altstadt organisieren, hat die FWTM Unterstützung angeboten. Gemeinsam wurden neben zahlreichen Lichtergirlanden mehr als 150 Herrnhuter Sterne aufgehängt.

Weiterbildung für Beratende

Für alle, die in Freiburg zu Bildungsthemen beraten, bietet der Wegweiser Bildung (Webi) Schulungen an. Im Rahmen der Reihe „Walk & Talk“ sind am Montag, 11. Dezember, von 15 bis 17 Uhr alle Beraterinnen und Berater in den Wegweiser Bildung in der Stadtbibliothek am Münsterplatz eingeladen. Dort stellt der Wegweiser Bildung sein Beratungs- und Informationsangebot vor und lädt zu einem adventlichen kollegialen Austausch ein.

Onlinekurs im Juni

In Kooperation mit dem E-Beratungsinstitut der Technischen Universität Nürnberg bietet der Webi im Juni 2024 einen sechswöchigen Onlinekurs zur Einführung in die Onlineberatung an. Der Kurs führt in unterschiedliche Konzepte und Methoden der Beratung per E-Mail, Chat und Video ein. Die Teilnehmenden setzen sich mit den grundlegenden Aspekten des Datenschutzes und der Organisation eines Onlineberatungsangebots auseinander. Die Fortbildung findet ausschließlich online statt vom 3. Juni bis zum 9. Juli 2024. Am Donnerstag, 14. Dezember, findet dazu von 16.30 bis 18.30 Uhr eine Online-Infoveranstaltung statt, bei der die Inhalte und Schwerpunkte der Weiterbildung vorgestellt werden.

Infos und Anmeldung zu beiden Terminen unter veranstaltung@wegweiser-bildung.de oder Tel. 0761 3 68 95-87.

Beratungsstelle geschlossen

Die psychologische Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche in der Krotzinger Straße 19b ist vorübergehend geschlossen. Grund ist ein Kabelbrand. Alle bereits vereinbarten und zukünftigen Beratungstermine können dennoch stattfinden – allerdings an anderen Standorten am Fahnenbergplatz 4 und in der Leisnerstraße 2.

Beratung und Termine unter pb-fahnenbergplatz@stadt.freiburg.de und Tel. 201-8521 oder pb-leisnerstrasse@stadt.freiburg.de und Tel. 201-8511

Buntes für den Baum

Basteln mit der Ehrenamtskarte

Wer dem weihnachtlichen Schmuck noch einen Farbkick verpassen möchte und wer zudem im Besitz einer Ehrenamtskarte ist, hat Glück: Ein japanisches Team nämlich bietet am Sonntag, 17. Dezember, von 15 bis 17 Uhr einen speziellen Weihnachts-Origami-Workshop an.

Voraussetzung zur Teilnahme: die Ehrenamtskarte. Die bekommen auf Antrag ehrenamtlich engagierte Freiburgerinnen und Freiburger – sie gilt bis Ende Juni 2024. Genaues zum Antrag gibt's unter www.freiburg.de/ehrenamtskarte – oder bei Julia Littmann im Freiburger Zentrum für Engagement unter Telefon 0761 201-3055.

Acht Projektpartner bieten Vergünstigungen etwa beim Eintritt in Museen und Schwimmbäder, auf Messen und ins Planetarium, beim Theaterbesuch oder der Fahrt mit der Schauinslandgondel. Und jeden Monat gibt's extra Veranstaltungen nur für Ehrenamtskarteninhaber.

Los geht's im Dezember: ohne Anmeldung, ohne Bezahlung. Der japanische Kulturverein Kodomokai lädt ein, Buntes für den Baum als findige Origami-Kunst zu falten. Kleiner Tipp: Das lässt sich auch prima als Hingucker an Geschenke knüpfen. Und im neuen Jahr geht's weiter mit anderen überraschenden „Specials“.

www.freiburg.de/ehrenamtskarte

Für eine starke City

Workshop zum Strategiekonzept Innenstadt

Zum zweiten Mal trafen sich kürzlich Vertreter und Vertreterinnen aus Handel, Gastronomie, Dienstleistungen, Tourismus, Bildung, Kultur und Kreatives, Immobilien, Bürgerschaft, Politik und Verwaltung zu einem Workshop. Ziel ist, ein Strategiekonzept für eine starke und attraktive Innenstadt zu entwickeln.

Der Workshop stand unter dem Motto Orientierung. Dabei wurden Trends, die die Entwicklung von Innenstädten in den nächsten Jahren unterstützen und fördern könnten, anhand von drei Schwerpunkten diskutiert: „Einzelhandel in der Innenstadt“, „Multi-Funktionen in der Innenstadt“ und „Gesellschaft in der Innenstadt“.

Die Ergebnisse des zweiten Workshops werden aktuell aufbereitet und auf der Projektwebsite veröffentlicht. Sie bilden den Grundstein für die dritte und letzte Phase des Strategiekonzepts, in der Handlungsempfehlungen für eine zukunftsfähige und attraktive Freiburger Innenstadt formuliert werden. Begleitend dazu wird der finale dritte Beteiligungsworkshop mit den Vertreterinnen und Vertretern der Schlüsselgruppen am 27. Juni und am 4. Juli 2024 stattfinden.

Das Strategiekonzept ist das verbindende Element zwischen den Teilbausteinen im Bundesförderprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ und bildet den Kompass für die Entwicklung der nächsten zehn bis fünfzehn Jahre.

www.freiburg.de/strategiekonzept-innenstadt

33 Wohnungen in zwei Wochen

Dritter Bauabschnitt in der Bergäckerstraße entsteht in Modulbauweise

Auf neues Terrain wagt sich die Freiburger Stadtbau in Littenweiler. Erstmals in ihrer über 100-jährigen Geschichte setzt sie auf komplett vorgefertigte Holz-Raummodule. Damit dauert der eigentliche Wohnungsbau in der Bergäckerstraße nur zwei Wochen. Doch die Tücke steckt im Detail.

Pünktlich zum Pressetermin in der vorigen Woche sollte das erste Modul geliefert und von einem Kran an seinen Platz gehoben werden. Der schöne Plan scheiterte in der Schwarzwaldstraße: Dort gab es für den vier Meter breiten Spezialtransport kein Durchkommen.

Unabhängig von diesem sicher lösbaren logistischen Problem beeindruckt das neueste FSB-Projekt mit seiner Innovationsfreude, wie FSB-Chefin Magdalena Szablewska bei einem Pressetermin ausführte. Bei der Planung wurde auf hohe Effizienz und gleichzeitig Nachhaltigkeit geachtet. Die vorgefertigten Holzmodule, jedes neun Meter lang und bis zu 4,60 Meter breit, werden so aufeinandergestapelt und angeordnet, dass ein Maximum an nutzbarer Fläche entsteht. Statt flächenfressender Flure gibt es zur Erschließung ein Geflecht aus Laubengängen. Die wiederum machen es möglich, dass ein einziger Aufzug ausreicht, um alle Wohnungen barrierefrei zu erreichen.

Insgesamt werden 53 Module verbaut, aus denen 11 jeweils 33 Quadratmeter große Einzimmerwohnungen, 22 jeweils 50 Quadratmeter große Zweizimmerwohnungen sowie rund 300 Quadratmeter Büro- und Multifunktionsflächen für das Amt für Migration und Integration entstehen. Die fix und fertig von der Firma Geiger Holzsystembau in Wangen vorproduzierten Module sind aber keine provisorische Übergangslösung, sondern auf eine Lebenszeit von mindestens 50 Jahren ausgelegt, berichtete Szablewska. Mit dem Effizienzhaus-Standard „40 EE“ erfüllen sie auch energetisch höchste Ansprüche. Der Clou der Modulbauweise ist die extrem kurze Bauzeit. Vor Ort in der Bergäckerstraße wird es gerade einmal zwei Wochen dauern, bis die gesamte Anlage steht. Nach Fertigstellung der Außenanlagen können so schon im Sommer die Bewohnerinnen und Bewohner einziehen.

Matthias Müller, der kaufmännische Geschäftsführer der Stadtbau, machte deutlich, welches innovative Potenzial im Bauen mit Holz steckt, und forderte einmal mehr Bund und Land auf, Holzbauten zu einem regulären Bestandteil der Landeswohnraumförderung zu machen. „Wir brauchen eine effektive Holzbauförderung.“ In der Bergäckerstraße investiert die FSB rund 9,5 Millionen Euro.

Die große Geschwindigkeit des Bauens hob Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach hervor. Ohne den Neubau seien die Kapazitäten bei den aktuellen Zuzugszahlen spätestens im Juli 2024 erschöpft. Umso glücklicher zeigte er sich, dass in der Bergäckerstraße jetzt Wohnraum für rund 90 Geflüchtete entsteht. In den ersten beiden Bauabschnitten, die zwischen 2017 und 2019 entstanden sind, wohnen aktuell rund 200 Menschen in 48 Wohnungen.

„Im Zinklern“ vor dem Start

Erschließungsarbeiten beginnen früher

Es kann losgehen: Nachdem sich die Stadt nun auch mit dem letzten Grundstückseigentümer gütlich einigen konnte, steht der Erschließung des Baugebiets „Im Zinklern“ im Ortsteil Lehen nichts mehr im Wege. Bereits seit dem Spätsommer laufen Vorarbeiten, die eigentlichen Bauarbeiten für die Erschließung starten im Frühsommer 2024.

Im Oktober konnte die Stadt eine Einigung über den Erwerb der letzten Teilflächen erzielen, die für die Erschließung notwendig sind. Vorausgegangen waren mehrjährige Verhandlungen zwischen Stadt und dem bisherigen Eigentümer. „Die Verhandlungen waren schwierig, aber mit viel Ausdauer und Kreativität haben mehrere Ämter gemeinsam nach einem Lösungsweg gesucht und ihn gefunden. Ich bin sehr dankbar, dass wir nun zusammen mit dem Eigentümer den letzten Schritt gehen konnten“, so Baubürgermeister Martin Haag.

Nachdem der Gemeinderat den Bebauungsplan im März beschlossen hatte, wurde im Juni das Umlegungsverfahren gestartet, um die Grundstücksverhältnisse neu zu ordnen. Bereits zwei Monate später begannen erste Vorbereitungsarbeiten für die Erschließung sowie Artenschutzmaßnahmen, insbesondere zum Schutz von Fledermäusen und Eidechsen.

Die eigentliche Erschließung beginnt voraussichtlich im Frühsommer 2024. Für den Bau der Erschließungsstraßen müssen noch dieses Jahr Büsche und Bäume gefällt werden. Für sie wird es im Baugebiet Ersatzpflanzungen geben. Nach der Einigung mit allen Eigentümern sind keine rechtlichen Auseinandersetzungen über die benötigten Erschließungsflächen zu befürchten. Zudem werden vor allem Ausschreibung und Bauabwicklung einfacher, da nun früher als bisher angenommen auf alle Grundstücksflächen zugegriffen werden kann.

Die Herstellung der Erschließungsanlagen wird etwa zweieinhalb Jahre dauern, dann kann gebaut werden. In Lehen können so 550 Geschosswohnungen sowie 36 Reihenhäuser und Doppelhaushälften entstehen. Geplant sind außerdem eine Kita, ein Supermarkt sowie eine Pflegeeinrichtung mit Café.

VAG bringt den Tunibergbus

Neuerungen zum Fahrplanwechsel am 10. Dezember

Mit dem morgigen Fahrplanwechsel geht für die Menschen in den Tuniberg-Orten ein lang gehegter Wunsch in Erfüllung: Die neue Linie 32 verbindet Munzingen, Tiengen, Opfingen und Waltershofen und schafft über Umkirch an der Paduaallee Anschluss an die Linie 1.

Der neue 32er-Bus ist das „große Highlight“ des Fahrplanwechsels, erklärte Oliver Benz, einer der beiden VAG-Chefs. Die Querspange am Tuniberg wurde schon lange von Fahrgästen und Ortschaftsräten gefordert – jetzt kommt sie im 30-Minuten-Takt. Im Rückblick machte Benz aber keinen Hehl daraus, dass das abgelaufene Jahr ein sehr schwieriges war. „Wir sind unseren eigenen Ansprüchen nicht gerecht geworden.“ Ursachen waren Personal- und Fahrzeugmangel, bedingt durch Krankheitswellen und Unfälle, außerdem viele Baustellen, die die VAG-Fahrzeuge zu Umwegen zwangen. Zumindest beim Personal sei aber „Licht am Ende des Tunnels“. Weil die VAG die Einstiegshürden gesenkt hat und mittlerweile der Pkw-Führerschein ausreicht, waren 2023 schon über 80 Neueinstellungen beim Fahrpersonal zu verzeichnen – 2022 waren es nur 26.

Besser keidelbaden

Außer am Tuniberg, wo die vor einem Jahr eingeführte Schnellbuslinie 37 sehr gut angenommen wird und deswegen im Angebot bleibt, gibt es im Wesentlichen Detailverbesserungen, wie VAG-Cheffahrplaner Maximilian Grasser ausführte. Neu ist beispielsweise der dichtere Takt zum Keidelbad, das ab sofort auf jeder Fahrt der Linie 34 angesteuert wird. Dadurch gibt es hier alle 15 bis 30 Minuten einen Anschluss. Auch der 14er-Bus, Freiburgs meist frequentierte Buslinie, bekommt einen dichteren Takt auf seinem Weg durchs Industriegebiet Haid. Das Industriegebiet Nord bekommt mit Zusatzfahrten durch die Robert-Bunsen-Straße besseren Anschluss.

Verschwinden wird die Linie 31 – aber nur auf dem Papier: Sie fährt künftig als Regionalbuslinie 700 des Unternehmens Tunibergexpress. In den östlichen Randlagen weitet die VAG das „On demand“-Angebot aus. Wer in Kappel-Neuhäuser wohnt, kann jetzt auch den Abholservice per Telefon (AST) nutzen, wenn die Buslinie 17A nicht fährt.

Umlandtaxis auf der Kippe

Der mit Großraumtaxen betriebene Nachtverkehr für Städte und Gemeinden des Umlands, die nicht Teil der Stadt Freiburg sind, bleibt auch nach dem Fahrplanwechsel zunächst bestehen. Allerdings gibt es derzeit in vielen Gemeinden die Diskussion, ob dieses Angebot aufrechterhalten wird. Hintergrund sind deutliche Fahrpreiserhöhungen beim Taxigewerbe bei zugleich sinkenden Nutzendenzahlen seit der Coronapandemie. „Ende Dezember bekommen wir eine Rückmeldung, dann schauen wir weiter“, sagte Oliver Benz. Unverändert gut ist die Auslastung beim Freiburger Nachtverkehr. „Wenn die Stusie-Bar zumacht, sind die Bahnen in die Innenstadt voll“, so Benz.

VAG setzt auf „E“

Was sich seit über einem Jahrhundert als Treibstoff bei der Straßenbahn bewährt hat, macht immer häufiger auch den Bussen Beine: Strom. Stephan Bartosch, die andere Hälfte im VAG-Vorstand, schilderte, dass der Ausbau der E-Bus-Flotte weiter voranschreitet. Zu den bereits vorhandenen 23 Fahrzeugen des polnischen Herstellers Solaris kommen jetzt sechs neue, bei denen der Stern auf der Front prangt. 25 Daimler-Busse sind insgesamt geordert – wenn die geliefert sind, fahren zwei Drittel der Flotte dieselfrei und geräuscharm. Das freut die Anwohner, von denen es großes Lob für die leisen Riesen gebe, so Bartosch. Auch in der Werkstatt sind die Strombusse beliebt – weil verglichen mit den Diesel-Brüdern sehr wartungsarm.

Wenig Baustellen 2024

Insgesamt stehen die Zeichen also gut für ein entspanntes Jahr 2024. Lediglich zwei etwas größere Baumaßnahmen stehen auf dem Programm, einmal auf der Kaiserbrücke, außerdem auf der Vaubanlinie – in den Sommerferien. Details dazu gibt die VAG Anfang des Jahres bekannt.

Wohngeldstelle wieder offen

Nach Klausur: Rückstände abgebaut, aber noch viel zu tun

Im November war die Wohngeldstelle zwei Mal für je eine Woche nur schriftlich erreichbar. Der Grund: ein Berg an Alt-fällen, die die Mitarbeitenden dringend bearbeiten mussten. Jetzt hat die Stelle wieder normal geöffnet – und konnte einige Rückstände abbauen.

Keine persönlichen Gespräche, keine Telefonate – bei der Wohngeldstelle war es in letzter Zeit ungewöhnlich still. Die eingeschränkte Erreichbarkeit war nötig, um der großen Menge an unbearbeiteten Anträgen beizukommen. Mit der Reform des Wohngelds, die am 1. Januar in Kraft trat, verdreifachte sich die Zahl der Antragsberechtigten schlagartig. Das Resultat: 4400 offene Wohngeldanträge.

Um diese abzarbeiten, war die Wohngeldstelle vom 13. bis 17. November und vom 27. November bis 1. Dezember in einer Art Klausur.

Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach zieht eine weitgehend positive Bilanz: „Insgesamt hat sich die außergewöhnliche Maßnahme gelohnt. Wir konnten zahlreiche unbearbeitete Fälle bearbeiten. Noch bleibt aber viel zu tun, deshalb haben wir die Personalstärke in der Wohngeldstelle auf aktuell 42 Sachbearbeiterinnen und -bearbeiter erhöht. Dies sind zwölf zusätzliche Stellen, seit die Bundesregierung die Wohngeldreform beschlossen hat. Davon versprechen wir uns eine weitere Optimierung der Situation.“

Die Stadtverwaltung geht davon aus, dass gut ein Drittel der rückständigen Wohngeldanträge angeschrieben oder entschieden werden konnte. Insbesondere komplexe Fälle konnte die Wohngeldstelle in den vergangenen Wochen konzentriert bearbeiten. Teils waren Anträge aus 2022 unbearbeitet, sodass schon Folgeanträge vorlagen. Verschiedene Haushalte sind in dieser Zeit umgezogen, es gab wechselnde Haushaltsmitglieder oder die berufliche Situation hatte sich verändert.

Problematisch sind auch Anträge mit fehlenden Unterlagen. Oft fehlt beispielsweise der Einkommensnachweis, der für die Bearbeitung unumgänglich ist. Nun wurden in 784 Fällen Unterlagen angefordert.

Um die weiterhin hohe Zahl an Antragsneuzugängen und die bestehenden offenen Anträge zu bearbeiten, denkt die Verwaltung bereits darüber nach, die Aktion im Frühjahr 2024 zu wiederholen.

Sprechzeiten (nach Terminvereinbarung):

Mo 10.30 – 15.00 Uhr

Mi 7.30 – 11.30 Uhr Do

8 – 11.30 Uhr

Kurz gemeldet

Komturstraße hat jetzt mehr zu bieten

Durch die Verlegung der Stadtbahnlinie 2 von der Komturstraße in die Waldkircher Straße gibt es in der Komturstraße jetzt deutlich mehr Platz – deshalb hat das Garten- und Tiefbauamt provisorisch neue Aufenthaltsbereiche geschaffen. Neu hinzugekommen sind Grünflächen mit kleinen „Pocketgärten“, die von Anwohnenden bepflanzt und gepflegt werden. Darüber hinaus gibt es Bänke und Tische, und das Amt hat vier neue Bäume gepflanzt. Die Kosten dafür lagen bei rund 350 000 Euro. Der endgültige Umbau soll in einigen Jahren erfolgen.

Um die Betreuung und Vergabe der Patenschaften kümmert sich „Freiburg packt an“. Wer Interesse hat, kann sich melden bei: fpa@stadt.freiburg.de

Kartäuserstraße voll gesperrt

Wegen eines Felsabganges ist die Kartäuserstraße zwischen den Wohnhäusern Nr. 138 und 150 gesperrt. Die Grundstücke bis zur Hausnummer 138 sind von Westen und die Grundstücke ab der Hausnummer 150 von Osten zu erreichen.

Infoabend zum Bahnhof Littenweiler

Um die planerischen Perspektiven zum Bahnhofsumfeld Littenweiler und die heutige Endhaltestelle der Stadtbahnlinie 1, die „Laßbergsschleife“, geht es bei einer ersten Infoveranstaltung. Dazu laden das Stadtplanungsamt und der Bürgerverein Littenweiler am Mittwoch, 13. Dezember, um 18.30 Uhr in den Bürgersaal Littenweiler, Ebnetter Str. 13, ein.

Neue Ampeln in der Lindenmattenstraße

In der Lindenmattenstraße gibt es auf Höhe der Sonnenbergstraße eine neue Ampelanlage. Sie leuchtet mit LED: Das ist heller, spart Strom, senkt die CO₂-Emissionen, und die längere Lebensdauer sorgt für weniger Ausfälle. Außerdem erhalten Fußgänger nach Drücken des Anforderungstasters jetzt schneller und etwas länger grün als bisher. Die Kosten lagen bei 20 000 Euro und wurden durch ein Förderprogramm der Bundesregierung und aus Geldern des städtischen Klimafonds gefördert. Der Austausch ist Teil einer Anfang des Jahres gestarteten Initiative, die 30 ältesten der insgesamt 240 städtischen Ampeln zu erneuern.

Gewässerschau in Waltershofen

Um mögliche Probleme und Gefahren entlang des Mühlebachs zu erkennen und zu beheben, findet am Dienstag, 12. Dezember, eine Gewässerschau in Waltershofen statt. Sie startet an der Löffelmühle und führt bis zur Mündung des Krebsbachs. Bei schlechtem Wetter gibt es einen Ersatztermin. Dabei begutachten das Garten- und Tiefbau- sowie das Umweltschutzamt Bach und Ufer, aber auch das Umfeld, das für Hochwasserschutz relevant ist und eine ökologische Funktion hat. Für die Begehung kann es notwendig sein, private Grundstücke zu betreten; dazu ist die Stadt berechtigt.

Das Faltblatt „Tipps und Informationen für Gewässeranlieger“ ist beim Garten- und Tiefbauamt erhältlich oder zum Download auf www.wbw-fortbildung.de (Publikationen & Materialien).

Stellenanzeigen der Stadt Freiburg

unter www.wirliebenfreiburg.de